

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Mitglied des SPD-Präsi-  
diums, würdigt Josef Fel-  
der zu dessen 80. Geburts-  
tag: Der Zeuge.

Seite 1/2

Dieter Sauberzweig schil-  
dert, wie die "funktions-  
gerechte Bildung und Er-  
ziehung" der Union in  
Bayern praktisch aussieht:  
Keine Perspektive.

Seite 3

Erwin Horn MdB fordert  
neue umfassende Gespräche  
über Rüstungskontrolle:  
PD 59 politisch ergänzen.

Seite 4/5

Klaus Daubertshäuser MdB  
unterstützt, daß die Deut-  
sche Bundespost die Tech-  
nologieentwicklung nutzt:  
Im Interesse der Verbrau-  
cher.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godeberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 158

20. August 1980

Der Zeuge

Zum 80. Geburtstag Josef Felders

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 23. März 1933 setzte der Deutsche Reichstag die Weimarer Verfassung de facto außer Kraft. Mit 444 gegen 94 Stimmen ermächtigte er die Regierung Hitlers, anstelle des Reichstages Gesetze zu erlassen und dabei auch von der Verfassung abzuweichen. Für das Ermächtigungsgesetz stimmten außer den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei. Gegen die Vorlage stimmten nur die Sozialdemokraten, die sich noch auf freiem Fuß befanden. Die kommunistischen Abgeordneten waren gehindert worden, an der Sitzung teilzunehmen.

In jener Sitzung sprach Otto Wels die Sätze, die eigentlich in jedem deutschen Geschichtsbuch stehen sollten: "Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten" und: "Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen."

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

Josef Felder ist der letzte noch lebende Angehörige der damaligen SPD-Reichstagsfraktion. Er war Zeuge der Fraktionssitzung, die der Reichstagsitzung voranging und in der zwei Frauen - Luise Schröder und Toni Pfülf - schließlich den Ausschlag dafür gaben, daß man ungeachtet aller



Gefahr und aller Warnungen - immerhin waren über 20 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete schon verhaftet oder auf der Flucht - in den von der SA umstellten und praktisch besetzten provisorischen Plenarsaal in der Krolloper ging. Er war Zeuge der historischen Rede von Otto Wels. Und er stimmte in namentlicher Abstimmung gegen Hitler, gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, gegen die Katastrophe, die er heraufziehen sah.

Aber Josef Felder war nicht nur Zeuge, er hat auch Zeugnis abgelegt. Zeugnis für die Ideen des demokratischen Sozialismus, von denen Otto Wels sprach. Damals, an jenem 23. März 1933, an dem die Republik von Weimar zu Grabe getragen wurde. Aber auch vorher und danach in einem Leben, das exemplarisch ist für den Weg der deutschen Sozialdemokratie in diesem Jahrhundert.

Schon mit 17 Jahren trat er der Buchdruckergewerkschaft bei; mit 20 schloß er sich der Partei an. Schon wenige Jahre später kämpfte er als politischer Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg für die Republik und gegen das heraufziehende Unheil von rechts. Aber er beließ es nicht beim geschriebenen Wort. Er engagierte sich auch unmittelbar: Als Stadtrat in Augsburg, als Vorsitzender des Augsburger Ortsvereins und ab November 1932 als Reichstagsabgeordneter.

Nach Hitlers Machtergreifung flüchtete er im Juli 1933 zunächst nach Österreich und dann in die Tschechoslowakei. Aus familiären Gründen zurückgekehrt, verbrachte er zwei Jahre im KZ Dachau. Von 1936 an schlug er sich als Buchhalter durch, ohne der Gewaltherrschaft irgendeine Konzession zu machen. Nach dem Zusammenbruch war er wie selbstverständlich zur Stelle, um die Trümmer des 1000jährigen Reiches wegzuräumen und unserem Lande eine bessere Ordnung zu geben. Als Chefredakteur des "Süd-Ost-Kuriers" in Bad Reichenhall, als Chefredakteur des "Vorwärts" und schließlich von 1957 bis 1969 als Bundestagsabgeordneter.

Auch danach hat er sich nicht zur Ruhe gesetzt. Im Gegenteil: Gerade in den letzten Jahren hat er an unzähligen Seminaren und Veranstaltungen teilgenommen und aus seinem Leben berichtet. Wer ihm dabei zugehört und aus seinem Munde die Schilderung der Ereignisse in den Schicksalswochen vor und nach dem 30. Januar 1933 vernommen hat, dem haben sich diese Ereignisse, aber auch der Mensch Josef Felder tief eingepreßt, tiefer als das Texte und Dokumente zu bewirken vermögen.

An dem Menschen Josef Felder und seinem Leben, dem an seinem 80. Geburtstag der Respekt, der Dank und die Zuneigung aller Sozialdemokraten gilt, läßt sich vieles von dem erläutern und demonstrieren, was die deutsche Sozialdemokratie zur kontinuierlichsten und vertrauenswürdigsten politischen Kraft unseres Volkes in diesem Jahrhundert gemacht hat. An ihm und seinem Leben wird aber auch jener ungeheuerliche Satz zu Schanden, den Franz Josef Strauß im vergangenen Jahr zu verteidigen die Stirn hatte: der Satz, die Nationalsozialisten seien zunächst alle Sozialisten gewesen. Otto Wels hat übrigens auch darauf schon am 23. März 1933 eine Antwort gegeben. Damals rief er Hitler zu: "Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird." Der Versuch ist mißlungen. Josef Felder ist Zeuge dafür!

(-/20.8.1980/ks/ca)

+ + +



Keine Perspektive

"Funktionsgerechte Bildung und Erziehung" der Union  
und wie sie in Bayern praktisch aussieht

Von Dr. Dieter Sauberzweig

Bundsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich  
und Senator für kulturelle Angelegenheiten in Berlin

Seit einiger Zeit veröffentlicht die CDU/CSU "Vorstellungen", "Programme" und "Eckwerte" zu den "Zukunftsperspektiven der jungen Generation", die in Form und Inhalt nichts Neues bringen: Zuerst wird ein düsteres Bild der Gegenwart gemalt, dann die SPD und ihre Bildungspolitik als Ursache gebrandmarkt und schließlich die Ablehnung dieser Politik zum Programm gekürt. Die jetzt veröffentlichten Ausführungen des CSU-Kultusministers Maier haben sich davon nicht unterschieden - sieht man von dem schrillen Wahlkampfgetrommele einmal ab. "Die Hoffnungen der Bürger auf die Vorstellungen der Union für Erziehung und Bildung in Freiheit" sind bitter enttäuscht:

Wie will die Union für alle ein wohnortnahes, vollständiges Bildungsangebot (vor allem auch auf dem Lande) garantieren, wenn sie gleichzeitig die Gesamtschule ablehnt? Muß das nicht bedeuten, daß das wohnortnahe Bildungsangebot auf Grund- und Hauptschule beschränkt wird und weiterführende Schulen "begabungsgerecht" für Eliten reserviert werden?

Diese Absicht muß der unmenschlichen Auslese eines "Grundschulabiturs" unterstellt werden, die der CSU-Kultusminister in seinem Bundesland schon in der vierten Grundschulklasse vorschreibt. Wenn dennoch immer mehr bayerische Kinder auf ein Gymnasium gehen wollen und hierzu von ihren Lehrern für befähigt erklärt werden, sieht das bayerische Kultusministerium darin einen Angriff auf die "Funktionsfähigkeit des dreigliedrigen Schulwesens".

Aus ideologischer Borniertheit wird die Hauptschule zur Hauptsache erklärt, obwohl in vielen Städten und Gemeinden weniger als 20 Prozent der Schüler eine Hauptschule besuchen.

Wenn Maier in dem Zusammenhang ein "Elternrecht" propagiert und dies durch das Attribut "funktionsgerecht" gleich wieder einschränkt, muß dies als unverfroren angesehen werden: Auf diese Weise läßt die CDU/CSU die zahlreichen Eltern, die ihre Kinder auf eine Gesamtschule schicken wollen, als "nicht funktionsgerecht" unter den Tisch fallen.

Hier wie insgesamt gilt: Bildung und Erziehung war nie eine heile Welt und man sollte auch nicht so tun, als könne man sie schaffen. Die "funktionsgerechte Bildung und Erziehung" nach den Vorstellungen der Union gibt keine Antwort auf die Fragen und Probleme der jungen Menschen und ihrer Eltern.

Sie ist keine Perspektive und sie hat auch keine.

(-/20.8.1980/ks/gat)

+ + +



PD 59 politisch ergänzen

Neue umfassende Gespräche über Rüstungskontrolle sind geboten

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der  
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die neue Richtlinie der selektiven Zielsuche des amerikanischen Präsidenten bedeutet zweifellos eine Verfeinerung der Nuklearstrategie von dem massiven Vergeltungsschlag gegen Bevölkerungszentren zur Zielpunktbekämpfung gegen militärisch und politisch wichtige Objekte. Dies erhöht die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, zugleich besteht aber auch die Gefahr, daß die Risikoschwelle gesenkt wird. Die höhere Glaubwürdigkeit der Abschreckung schließt auch den schnelleren Gebrauch dieser Waffen im Ernstfall ein; dies bedeutet logischerweise den Übergang in der Nuklearstrategie von der politischen Abschreckungswaffe zur militärischen Einsatzwaffe.

Diese Bedenken werden vor allem von europäischen NATO-Partnern wie etwa den Niederlanden geltend gemacht. Sie weisen unter anderem darauf hin, daß es nur eine Hypothese ist, daß sich die Sowjetunion bei einem Verteidigungsschlag der USA ausschließlich gegen militärische Objekte im gleichen Raster der nuklearen Reaktion bewegt und sich dabei nur auf militärische Vorrangziele begrenzt.

Ein großer Teil der kritischen Stimmen aus den europäischen NATO-Staaten ist verständlich, weil oft die notwendige politische Kommunikation im Bündnis fehlt. Das führt zu unnötigen Friktionen, die das Bündnis belasten und schwächen.

Zweifellos sind die Bedenken des früheren amerikanischen Außenministers Kissinger, die er im September 1979 in Brüssel äußerte, ernst zu nehmen. Kissinger befürchtet,



daß die bündnispolitische und strategische Entwicklung auf einen Punkt zuläuft, bei dem man den Vereinigten Staaten nicht mehr zumuten kann, die Existenz ihrer Nation aufs Spiel zu setzen. Deshalb wäre es falsch, den Amerikanern unangemessene Schwierigkeiten zu bereiten bei dem Versuch, das Risiko zu begrenzen, das sie als atomare Weltmacht in besonderer Weise zu tragen haben. Zugleich muß aber der Zusammenhalt des Bündnisses gestärkt werden.

Die Sicherheitspolitik muß folglich unter dem Gesichtspunkt des gesamten Verteidigungsspektrums gesehen werden. Die konventionelle Verteidigungsfähigkeit in Europa bestimmt wesentlich die Höhe der Atomschwelle. Die europäischen NATO-Partner tragen am besten ihren eigenen Interessen zur Senkung der nuklearen Schwelle Rechnung, indem sie einen angemessenen konventionellen Verteidigungsbeitrag leisten.

Die neue Präsidentenrichtlinie PD 59 kann die Glaubwürdigkeit der Abschreckung erhöhen. Sie muß aber politisch ergänzt werden, sonst können aufgrund sich aufdrängender Mißverständnisse gefährliche Entwicklungen eingeleitet werden. Dies betrifft sowohl den Zusammenhalt der Nordatlantischen Allianz als auch das Verhältnis zur Sowjetunion, der anderen nuklearen Weltmacht.

Die neue Präsidentenrichtlinie steht Rüstungskontrollgesprächen nicht entgegen, sondern macht sie geradezu erforderlich. Die Ratifizierung von SALT II liegt in unser aller Interesse. Die Einleitung dieses Prozesses nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und neue umfassende Gespräche mit den Sowjets über Rüstungskontrolle entsprechen dem Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979. Auf die Ausführung und Erfüllung dieses Beschlusses müssen wir aus Gründen der politischen Vernunft und unserer Glaubwürdigkeit drängen. (-/20.8.1980/ks/ca)

+ + +



Im Interesse der Verbraucher  
-----

Die Deutsche Bundespost nutzt die Technologieentwicklung

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen des Deutschen Bundestages

Die rapide Technologieentwicklung macht neuartige Kommunikationsformen möglich. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Deutsche Bundespost gegenüber diesen neuen technologischen Entwicklungen sich nicht abkapselt sondern bestrebt ist, daraus neuartige Kommunikationsdienstleistungen für die Verbraucher zu entwickeln. Die technische Entwicklung im Kommunikationsbereich ist dadurch gekennzeichnet, daß ein Innovationspotential von nie dagewesenem Ausmaß auf den Markt drängt. Insbesondere drei Hauptbereiche sind festzustellen:

1. Die Halbleitertechnologie, speziell die Mikroelektronik, die integrierte Schaltungen mit einer fast unglaublich hohen Konzentration von Funktionen auf kleinstem Raum hervorgebracht hat, verbunden gleichzeitig mit einer enormen Senkung der Kosten.
2. Die Computertechnologie, die vom Mikroprozessor bis zum Großrechner ein breites Spektrum elektronischer Intelligenz für neuartige Anwendungen zur Verfügung stellt.
3. Die optische Nachrichtentechnik, die mit der Glasfaser ein fast ideales Übertragungsmedium für große Bandbreiten erschließt.

Bezogen auf das Kommunikationsangebot der Bundespost führt diese technologische Entwicklung einerseits zu einer tiefgreifenden technischen Innovation der bestehenden Netze und damit zu einer Verbesserung und Verbilligung vorhandener Kommunikationsdienste. Andererseits zwingt die Entwicklung der Technologie jedoch auch die Deutsche Bundespost zur Erweiterung ihres Dienstleistungsangebotes durch die Aufnahme neuer Dienste. Einige davon sind bereits im Betrieb, andere in der Vorbereitung, so zum Beispiel:

1. Das Fernkopieren, das unter der Bezeichnung "Telefaxdienst" bereits im Jahre 1979 eingeführt wurde. Die bisherige Nachfrage läßt ein reges Interesse an dieser Übertragungsform erkennen. Die derzeitigen manuellen Geräte werden bald durch automatische ergänzt werden.



2. Der Datenpaketvermittlungsdienst. Dies ist ein Service, der sich im Aufbau befindet. Die Bedingungen für seine Benutzung sind bereits vom Postverwaltungsrat verabschiedet worden. Dieser neue Datenübertragungsdienst wird eine ganze Reihe neuer interessanter Dienstleistungen für die Datenübertragung bieten. Unter anderem werden zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, damit Daten unterschiedlicher Hersteller und Standards miteinander kommunizieren können.
3. Der Telex-Dienst. Diese neue Kommunikationsform, die man vereinfacht als einen schnelleren mit zusätzlichen Leistungsmerkmalen ausgestatteten Fernschreibdienst charakterisieren könnte, soll die Möglichkeiten moderner Textverarbeitungssysteme mit einem problemlosen schnellen Übertragungsverfahren vom Absender zum Empfänger verbinden. Diese neue Dienstleistung wird in Zusammenhang mit der Büroautomation eine sehr tiefgreifende Wirkung auf die Arbeitserledigungsstrukturen insbesondere in den Verwaltungen haben.
4. Der Bildschirmtext. Dies ist ein System, bei dem über die Fernsprechkleitung Texte und einfache Grafiken auf dem Bildschirm des häuslichen Fernsehempfängers abgerufen werden können. Vor wenigen Wochen haben hier in Düsseldorf und Berlin die Feldversuche begonnen.

Darüber hinaus kündigt sich heute bereits eine neue Generation von zusätzlichen Kommunikationsdiensten an, die unter den gemeinsamen Nenner "Breitbanddienste" diskutiert werden. Das sind beispielsweise schnelle Daten-, Text- und Bildübertragungsdienste, die schon in den frühen 80er Jahren die schmalbandigen Übertragungsverfahren ergänzen können. Nicht mehr in weiter Ferne dürfte auch das Fernsehtelefon sein sowie die Videokonferenz als neue Möglichkeit zur Abhaltung geschäftlicher Besprechungen.

Bei dieser Entwicklung sind nicht nur medienpolitische und technologische Aspekte sondern auch sehr handgreifliche wirtschaftliche Interessen angesprochen. Der Anteil des Wirtschaftsbereichs "Nachrichtenübermittlung" im Bruttoinlandsprodukt ist zwar relativ gering. Er betrug vor zehn Jahren 1,5 Prozent. Heute beträgt er 2,5 Prozent. Aber dieser Wirtschaftsbereich hat ein sehr hohes Wachstum, nämlich circa zehn bis elf Prozent pro Jahr. Die längerfristigen Perspektiven sind außerordentlich günstig, weil sich die Telekommunikation einer sehr umweltfreundlichen Technik mit relativ geringem Rohstoff und vor allen Dingen Energiebedarf bedient. Die moderne Nachrichtenübermittlung ist eine Wachstumsbranche mit großem Marktanteil, an dem natürlich eine ganze Reihe von Interessenten teilhaben möchten. Viele dieser neuen Dienste treten in eine Substitutionskonkurrenz zu den klassischen Postdiensten. Um Strukturkrisen bei der Deutschen Bundespost zu verhindern, muß es deshalb Aufgabe der Deutschen Bundespost sein, sich dieser Entwicklung zu stellen.

